

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, kirchliche u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Verbands (D. Z. V.) - Verlagssort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 33. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedb. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensdorf bei Herrn Ewald Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursa. hat der Bezieger keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung ohne Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erste Seite werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M. Pfg. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 30 R.-M. Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,16 R.-M. Pfg. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M. Pfg. 3 gesp. Kleinzeile 0,45 R.-M. Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M. Pfg., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M. Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 1. Postfach Nr. 8. Postamt Waldenburg. Stadtpostamt Waldenburg 90. Abgabe gegen nur bei praktischer Zahlung, bei zwangsvoller Abrechnung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Gleich weit verbreitet in den Ortsteilen der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 117

Mittwoch, den 21. Mai 1930

52. Jahrgang.

Italien, England und Amerika gegen den Paneuropa-Plan.

Der Reichspräsident empfing gestern Dr. Curtius zum Vortrag.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat den Diskontsatz auf 4 1/2 Prozent ermäßigt.

An der Berliner Mittagsbörse wurde der Privatdiskontsatz auf 3 1/2 Prozent herabgesetzt.

Der Präsident der Reichsvermögensverwaltung ist zu den in Paris anberaumten Verhandlungen über die Zurückgabe des beschlagnahmten Eigentums berufen worden.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, wird wegen der Vorgänge in Lübeck mit Professor Calmette in Paris eine eingehende Rücksprache haben.

Der Erzbischof von Westminster in London, Kardinal Bourke, weilt in Köln, um Kardinal Schulte einen Gegenbesuch zu machen.

Die Franzosen wollen heute mit der Räumung des Rheinlandes beginnen.

Der Ausweisungsbefehl gegen Trozki ist von der russischen Regierung um ein Jahr verlängert worden.

Die amerikanischen Blätter messen dem Vorschlag Briands wegen eines vereinigten Europas keine Bedeutung bei.

Waldenburg, 20. Mai 1930.

Unter den Genfer Ministerbesprechungen hatte die Aussprache zwischen dem französischen Außenminister Briand und seinem italienischen Ministerkollegen Grandi eine besondere Bedeutung. Durch die Vermittlung des Leiters der englischen Außenpolitik, Henderson, sollte gelegentlich der Ratstagung ein Ausgleich der italienisch-französischen Interessengegensätze herbeigeführt werden. In erster Linie war es der englischen Regierung darum zu tun, die Meinungsverschiedenheiten, die sich auf der Londoner Flottenkonferenz zwischen Italien und Frankreich ergeben hatten, zu beseitigen und dann die rivalisierenden Mittelmeerstaaten in das Flottenabkommen der großen Seemächte England, Amerika und Japan mit einzubeziehen.

Der erfolglose Ausgang der italienisch-französischen Sonderverhandlungen ist bekannt. Ueber die große Streitfrage der Flottengleichheit wäre man vielleicht zu einer Verständigung gelangt. Italien hatte aber noch eine zweite Frage aufgeworfen, die ein Scheitern der Verhandlungen von vornherein unvermeidlich erscheinen ließ. Grandi hatte nämlich neben der sofortigen Wiederannahme der Verhandlungen über die Beschränkung der Seeabrüstungen eine unzugängliche direkte Fühlungnahme zwischen Rom und Paris über die Mittelmeerbeziehungen, vor allem über die Besitzverhältnisse in Tunis gefordert.

Ein großer Prozentsatz der Bevölkerung von Tunis setzt sich bekanntlich aus Italienern zusammen, die aus ihrem überfüllten und an Arbeitsmöglichkeiten armen Heimatlande auswandern mußten. Diese Abwanderung nach den französischen Kolonien in Nordafrika hat sich im Laufe der letzten Jahre noch in verstärktem Maße fortgesetzt. Das italienische Volk zählt heute bald 43 Millionen, die jährliche Bevölkerungszunahme beträgt etwa eine halbe Million. Für diese Millionenbevölkerung in dem an Rohstoffen armen Lande Ernährungs- und Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Regierung. Die Ausfuhr menschlicher Arbeitskraft wird sich nie vermeiden lassen, und da ist es ganz natürlich, daß sich der Strom der Auswanderer zunächst in das benachbarte nordafrikanische Küstengebiet ergießen muß. Italien besitzt hier zwar die Kolonie Tripolis, doch gehen die Kolonialwünsche Mussolinis bedeutend weiter. Er hat durch Grandi an das Abkommen von 1916 erinnern lassen, in dem Frankreich der italienischen Regierung die Abtretung des Tschad-Gebietes zwischen Tripolis und den französischen mittelafrikanischen Kolonien zugesagt hatte. Frankreich hatte 1919 die Abtretung an Bedingungen geknüpft, die von Italien nicht durchgeführt werden konnten. In Genf wurde jetzt von Grandi erneut die Erfüllung des Abkommens gefordert und direkte Verhandlungen der Außenminister angeregt. Briand hat diesen Vorschlag abgelehnt und darauf bestanden, daß die Prüfung

der Mittelmeerfrage auf dem langwierigen diplomatischen Wege fortgesetzt und die Flottenfrage den Ergebnissen dieser Verhandlungen untergeordnet werde.

In Rom ist man über die Zurückweisung der italienischen Forderungen stark verstimmt und schließt aus der ablehnenden Antwort Briands, daß Frankreich an einer Flottenverständigung mit Italien nichts mehr liegt. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind heute jedenfalls gespannter als je zuvor. Mussolini selbst hat es für notwendig erachtet, sich in einer äußerst scharfen Erklärung mit Frankreich auseinanderzusetzen. Gelegentlich seiner Reise durch Toskana hielt er in Florenz vor einer ungeheuren Menschenmenge eine sensationelle Rede, die als eine deutliche Warnung an Frankreich zu betrachten ist. Der Duce betonte noch einmal, daß das italienische Flottenprogramm vollständig durchgeführt werde, Sonne für Sonne, und daß die 29 neuen Einheiten der Grenze Männer — so erklärte Mussolini — die glaubten, das italienische Volk isolieren zu können, und nicht abgeneigt sind, einen Krieg gegen das italienische Volk zu entfesseln. Wir warten am Grenzübergang, und wenn sich derlei an der Grenze abspielen sollte, so werden wir, das Volk, die Schwarzhemden und das Heer, unseren Platz mit einem noch nie gesehenen Schwung ausfüllen. Italien ist jetzt in allen seinen Kräften so organisiert, daß man es nicht ohne Todesgefahr angreifen kann. Wer in das kriegerische Antlitz des faschistischen Italiens schaut, so schloß der Duce unter dem Beifallstoben der unübersehbaren Menge, der wird erkennen, daß die Freundschaft Italiens sehr wertvoll ist und seine Feindschaft aber unerbittlich.

Diese Warnung Mussolinis an Frankreich läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Noch deutlicher wird die faschistische Presse, die unter nicht mißzuverstehender Anspielung auf die Paneuropadentschrift Briands von der Falschheit eines gewissen Pazifismus und der Zweideutigkeit gewisser Theorien spricht.

Italienische Luftdemonstration.

Am 8. Juni wird vor den Toren Roms beim Flugfeld del Littorio eine Kundgebung der italienischen Flugstreitkräfte stattfinden, wie sie bisher noch nie veranstaltet worden ist. Zweifelslos handelt es sich um eine Demonstration, die die Schlagfertigkeit und Eignung der italienischen Luftstreitkräfte beweisen soll. An den „Tag des Flügels“, dem „Giorno dell'Ala“, werden zwanzig Geschwader verschiedener Flugzeuggattungen teilnehmen. Das Programm umfaßt Einzel- und Gruppenmanöver, Kunstflüge, Fallschirmvorführungen usw. Unter anderem wird ein Angriff auf eine Stadt erfolgen, die in arabischem Stil zu diesem Zweck an den Ufern des Tiber erbaut worden ist. Sie soll den Bomben zum Opfer fallen. Der König, Mussolini, die Spitzen der Behörden und das diplomatische Korps sollen der Veranstaltung beiwohnen.

Das Rheinland am 30. Juni frei.

Offizielle Mitteilung an den deutschen Botschafter. Heute Beginn der Räumung.

Paris, 19. Mai.

Der französische Ministerpräsident Tardieu empfing am Montagmittag den deutschen Botschafter von Goesch und bestätigte ihm, daß, nachdem der Youngplan am Sonnabend in Kraft getreten ist, die französische Regierung gemäß ihren Erklärungen vor dem Parlament den Befehl erteilt hat, die dritte Rheinlandzone zu räumen. Wie verlautet, wurde außerdem Einverständnis erzielt über die verschiedenen die Räumung betreffenden Einzelfragen, die gemäß dem von der Rheinlandkommission und den französischen Militärbehörden aufgestellten Programm durchgeführt werden. In Ausführung dieses Programms werden alle französischen Truppen die dritte Besatzungszone am 30. Juni verlassen haben, und das Ende

der Besatzung wird an diesem Tage offiziell notifiziert werden.

Der Räumungsbefehl ist inzwischen im besetzten Gebiet eingetroffen. Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat dem Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß das französische Kriegsministerium den Befehl erteilt habe, mit den Räumungsvorbereitungen am 20. Mai zu beginnen.

Einzelheiten bezüglich der Durchführung der Räumung sollen nach ihrer Festlegung noch bekanntgegeben werden. Wegen der praktischen Durchführung finden jetzt in Paris Verhandlungen statt, an denen auch der Präsident der Reichsvermögensverwaltung insbesondere wegen der Zurückgabe des beschlagnahmten Eigentums teilnimmt.

„Letzte Mahnrufe“ der Pariser Presse.

„Frankreich gibt seine letzten Garantien auf.“

Der am 17. Mai von der französischen Regierung erteilte Räumungsbefehl der dritten Rheinlandzone veranlaßt die Pariser Rechtspresse zu einem „letzten Mahnruf“. So schreibt der „Figaro“, dieser Befehl bedeute den Abschluß einer Epoche, in der Frankreich noch erfolgreich, seinen historischen Traditionen getreu (1), für den europäischen Frieden habe wirken können. Jetzt beginne eine Epoche voller Gefahren. Diejenigen Leute, die von der Räumung des Rheinlandes und der Liquidation des Krieges eine politische Entspannung erwarten, irren sich. Das Gegenteil sei der Fall.

Die „Liberté“ schreibt im gleichen Zusammenhang, Frankreich gebe durch die Räumung seine letzten Garantien auf und bleibe Gottes Schutz anbefohlen.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Staatssekretär Scheidt 60 Jahre alt. Dieser Tage vollendete Staatssekretär Scheidt vom Wohlfahrtsministerium sein 60. Lebensjahr. Seit zehn Jahren ist er Staatssekretär des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt. Er hat entscheidend mitgewirkt bei allen wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswezens, des Städtebaues, der gesamten Wohlfahrtspflege und der allgemeinen Fürsorge. Die Technische Hochschule seiner Vaterstadt Hannover hat ihn zum Dr.-Ing. e. h. ernannt.

Teilnahme von Behördenvertretern an Veranstaltungen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Runderlaß des Ministers des Innern entnimmt, ist nach wie vor darauf zu achten, daß die Vertreter von Behörden bei der Teilnahme an Veranstaltungen nicht durch den Verlauf der Veranstaltung in die Gefahr geraten, sich mit ihren Pflichten gegenüber der verfassungsmäßigen Staatsform in Widerspruch zu setzen oder sich in den Verdacht unangemessenen Verhaltens vor der Öffentlichkeit zu bringen.

Kaz befreit eine Zuwendung an die Kommunisten. Im Klaverausschuß des Preussischen Landtags bezeichnete der Zeuge Stadtrat Kaz, er habe der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion für ihre Zustimmung zu dem Grundstücksgeschäft am Potsdamer Platz 40 000 Mark geboten und selbst eine Provision erhalten, als glatte Verleumdung.

Keine Herabsetzung der Rundfunk- und Fernspreckgebühren. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat den Haushalt des Reichspostministeriums ohne Änderungen angenommen. Reichspostminister Dr. Schädel erklärte zur Finanzlage der Reichspost, die Einnahmesteigerung habe sich im Laufe des Jahres erheblich vermindert. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit habe die Post das Mögliche getan. Auf verschiedenen Gebieten diene die Post der Wirtschaft durch Leistungen, bei denen ihre Kosten nicht voll gedeckt werden. Der Zeitungsdienst sei beispielsweise zu mehr als 50 v. H. unrentabel. Auch im Telegraphenbereich werde zugelegt. Die Bekräftigung der Landpostzustellung werde weiter durchgeführt. Es seien über drei Millionen